

03.12.2025 – 08:54 Uhr

Istanbul-Konvention: Zahlreiche Fachpersonen tauschten sich aus

*Vaduz (ots) -*

Am 24. November 2025 fand auf Einladung der Koordinierungsgruppe "Istanbul-Konvention" ein Fachaustausch zwischen Behörden und Nichtregierungsorganisationen im Dienstleistungszentrum Giessen in Vaduz statt. Am Austausch nahmen 37 Personen von 27 Organisationen teil.

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) ist seit Oktober 2021 in Liechtenstein in Kraft. Der jährliche Austausch dient der Vernetzung und der gemeinsamen Reflexion zur Umsetzung der Konvention.

Erfahrungen aus der Schweiz

Zur Einführung hielt Rahel Ott, Leiterin der Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt (IST) des Kantons Zürich, ein Inputreferat. Sie erläuterte den Auftrag und die Erfahrungen der IST als übergeordnete Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kanton Zürich. In ihren Ausführungen ging Frau Ott auf die nationale Einbettung und den gesetzlichen Auftrag der Kantonsregierung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Sie zeigte dem interessierten Publikum auf, in welchen Bereichen Massnahmen umgesetzt werden und wie wichtig die interdisziplinäre Zusammenarbeit ist, um eine wirksame Bekämpfung und Verhütung von häuslicher Gewalt, Stalking und Gewalt gegen Frauen zu erreichen. Weitere wichtige Themen betrafen den Schutz von Kindern bei häuslicher Gewalt, Schulungsangebote und die Datenerhebung. Im Anschluss stand Rahel Ott für Fragen der Teilnehmenden zur Verfügung.

Zentrale Erkenntnisse für Liechtenstein

Anschliessend diskutierten die Teilnehmenden in Gruppen die "Lessons Learned" für Liechtenstein, basierend auf den Erfahrungen aus Zürich und dem nationalen Kontext der Schweiz. Die Ergebnisse wurden im Plenum präsentiert und gemeinsam reflektiert. Eine zentrale Erkenntnis der Teilnehmenden bestand darin, dass es zur Umsetzung der Istanbul-Konvention einen gesetzlich verankerten Auftrag in einem möglichst umfassenden Gewaltschutzgesetz braucht, der eine eigene Fachstelle gegen häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt mit den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen ausstattet. Weitere wichtige Ergebnisse betrafen die verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, die Erfassung von Daten und das Angebot von Schulungen für Fachpersonen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales und Justiz.

Zum Abschluss informierte die Koordinierungsgruppe über aktuelle Entwicklungen und gab einen Ausblick auf die Berichterstattungen zur Istanbul-Konvention, die 2026 und 2027 für Liechtenstein fällig werden. Die NGOs können ihre Beiträge direkt bei der Expertengruppe zur Istanbul-Konvention einreichen.

Pressekontakt:

Ministerium für Gesellschaft und Justiz
Amt für Soziale Dienste
Abteilung Chancengleichheit
Ute Mayer
+423 236 60 60
ute.mayer@llv.li

Medieninhalte



Zahlreiche Fachpersonen von Behörden und Nichtregierungsorganisationen tauschten sich zur Bekämpfung und Verhütung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen aus. / Weiterer Text über ots und www.presseportal.ch/de/nr/100000148 / Die Verwendung dieses Bildes für redaktionelle Zwecke ist unter Beachtung aller mitgeteilten Nutzungsbedingungen zulässig und dann auch honorarfrei. Veröffentlichung ausschließlich mit Bildrechte-Hinweis.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100936996> abgerufen werden.